

Globalisierung- Demagogie und Wirklichkeit.

Ein Beitrag zur Globalisierungsdebatte- von Michael Schneider

1.Ausgrenzung wird zum Gesetz

Europa zum Jahreswechsel 1996/97:Die Arbeitslosigkeit schnell auf Rekordhöhen. Ein Viertel der französischen Haushalte rutschte in den vergangenen beiden Jahrzehnten in die Arbeitslosigkeit. 45 Prozent der erwerbsfähigen Spanier unter 25 Jahren stempeln. In Großbritannien, wo Arbeitsschutzgesetze, Öffentlicher Dienst und Sozialstaat bereits vor einem Jahrzehnt geschleift wurden, sind ein Viertel der Bürger aus der normalen Erwerbsgesellschaft dauerhaft eliminiert.

Den Deutschen geht es zwar im europäischen und weltweiten Vergleich noch relativ gut, aber auch hier ist die offizielle Arbeitslosenzahl mit 4,6 Millionen auf Rekordhöhen geklettert, der höchste Arbeitslosenstand seit dem Krieg. Die Quoten, bezogen auf alle Arbeitnehmer, liegen nun bei 11,9 Prozent im Westen und 19,9 Prozent im Osten. Ehrlich gerechnet aber fehlen in Deutschland heute mehr als sechs Millionen Stellen. Trotzdem findet Bundeswirtschaftsminister Rexrodt, es sei „immer noch viel zu schwierig , Leute zu entlassen“ und nimmt den vermeintlich übertriebenen Kündigungsschutz ins Visier. Dabei wurde dieser erst im Herbst letzten Jahres entscheidend gelockert. Ebenso hält es Rexrodt mit dem Ladenschluß. Seit Monaten dürfen die Geschäfte abends bis 20 Uhr offenhalten. Die von den Befürwortern versprochenen höheren Umsätze stellen sich jedoch bisher nicht ein. Selbst von einem noch so kleinen Job- Wunder kann Rexrodt nicht kündigen .Es soll aber noch kommen. Nun empfiehlt der Vollblut- Deregulierer als Therapie den verkaufsoffenen Sonntag. Warum eigentlich nicht die verkaufsoffene Nacht, den verkaufsoffenen 24-Stundentag? Schlafen kann man ja dann auf den Fluren der Arbeitsämter.

Nach dem letzten Armutsbericht der Wohlfahrtsverbände leben über sieben Millionen Menschen in Deutschland schon unterhalb der Armutsgrenze . 53 Millionen von 370 Millionen Europäer sind bereits unter die Armutsschwelle gefallen; das heißt, sie ziehen aus Lohn oder Sozialhilfe weniger, als sie für die Deckung ihrer Grundbedürfnisse bräuchten. Der Wohlstand geht aber nicht einfach perdu ,wie ein populäres Vorurteil glaubt, er wird vielmehr in zunehmendem Maße aus den Taschen der Ärmeren in die Portefeuilles der Reichen umgeschichtet. Die Einkommen aus Arbeit sind in Deutschland in den vergangenen zwölf Jahren um real zwei Prozent gestiegen. Gleichzeitig haben die Einkommen aus Kapital in diesem Zeitraum sozusagen Flügel bekommen und wurden um reale fröhliche 59 Prozent

gesteigert. Insgesamt hat die staatliche Umverteilung zugunsten der höheren Einkommen die Geldvermögensbildung und Zinseinnahmen nicht nur der Unternehmen, sondern auch der Besserverdienenden erheblich bevorzugt. Gegenüber 1991 ist das jährliche Vermögenseinkommen der Selbständigenhaushalte rund sechsmal schneller gewachsen als das der Arbeiterhaushalte. Und der Anteil der Vermögenseinkommen an den Gesamteinkommen aus Unternehmertätigkeit ist von 7% im Jahre 1960 auf gegenwärtig rund 50 % gestiegen. In der Öffentlichkeit wird diese gigantische Zunahme von Vermögenseinkommen im Gegensatz zu dem Transfer von Sozialleistungen kaum diskutiert.

Längst aber trifft die Verarmung in den reichen Ländern nicht mehr nur Unqualifizierte oder Arbeiter aus wettbewerbsunfähigen Industrien- sie frißt sich zunehmend in die bisher als geschützt geltenden Mittelschichten. Denn auch hier ist kein Job mehr sicher. Nach den Fabrikarbeitern bei VW, Philips und Olivetti bangen in Europa jetzt Millionen Ingenieure, Bankangestellte, Telecombeschäftigte und sogar Computerspezialisten um ihren Arbeitsplatz. Und entgegen allen regierungsoffiziellen Zwecklügen ist ein Ende des Jobverfalls nicht in Sicht. Im Gegenteil: Nach den jüngsten Erhebungen der Weltbank, der OECD und des McKinsey Global Institutes werden in den kommenden Jahren weitere 15 Millionen Arbeiter und Angestellte in der EU um ihre Vollzeitjobs fürchten müssen, beinahe noch einmal so viele, wie zum Jahreswechsel 96/97 schon arbeitslos gemeldet waren. Auch wenn Helmut Kohl öffentlich von einer Halbierung der Arbeitslosenzahlen bis zur Jahrtausendwende träumt, Faktum ist: in Deutschland sind mehr als vier Millionen akut gefährdet. Selbst wenn viele der verlorenen, soliden Arbeitsplätze voraussichtlich durch Teilzeit-Stellen, Zeitarbeit auf Abruf und Niedriglohnjobs ersetzt werden, eines ist sicher: die Einkommen in der neuen Arbeitswelt, die Millionen Gelegenheitsarbeiter von einem Kurzzeitjob zum anderen springen läßt, werden deutlich geringer ausfallen und viel ungeschützter sein als im bisherigen Tariflohnsystem.

Nicht die Zwei-Drittel-Gesellschaft, vor der sich die Europäer der 80er Jahre fürchteten, zieht herauf, sondern die 30: 30: 40 -*Gesellschaft*, wie französische Soziologen wie Allain Touraine sie nennen: 30 Prozent der Bürger sind an den Rand gedrängt ,davon etwa 10 Prozent dauerhaft und überleben nur mit knapper werdender Sozialhilfe. 30 Prozent haben schlecht bezahlte oder gefährdete Stellen. Gerade noch vier von zehn Menschen in der reichen Welt leben in gesicherten Verhältnissen.

"Wenn wir an die Stelle der Arbeitsgesellschaft nichts anderes setzen, "schreibt der französische Philosoph Andre Gorz, "nehmen wir deren Zerfall einfach hin -und mit ihm

alles, was er an Elend, Hoffnungslosigkeit, Unvernunft und Gewaltätigkeit hervorbringt." Insbesondere bei den jungen Menschen wächst der Frust ,aus ihrer No- Winner- Position heraus keine Chance zu haben, einen Ausbildungs-und Arbeitsplatz zu erhalten .Auch die erschreckende Zunahme der Kriminalität ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Über 6 Millionen Delikte vermeldet die Statistik für das Jahr 1995, wobei die Jugend- und Kinderkriminalität sprunghaft angestiegen ist. Viele Jugendliche, die für sich selbst keine Zukunft sehen, neiden anderen das, was diese bekommen ,sie verteufeln die sozial noch Schwächeren ,ja, sie werden tötlich, mit zum Teil tödlichem Ausgang. Hoyerswerda, Solingen und Mölln sind nur einige Marksteine für das rapide anwachsende Gewaltpotential. Dagegen soll ,so fordern konservative Innenpolitiker, der Staaat aufrüsten. Natürlich muß Gewalt, zumal der Anschlag auf Leib und Leben, abgewendet werden. Doch zielt die zunehmende private und öffentliche Aufrüstung insgesamt in die falsche Richtung: Nicht der *soziale Diskurs über Verteilungsfragen*- einschließlich der Neuverteilung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen - wird in dieser Gesellschaft gesucht, sondern die Wagenburg der Reichen wird noch fester geschlossen.

Damit wird Ausgrenzung zum Gesetz. Für Flüchtlinge und Migranten werden die Menschenrechte mit immer schärferen Einwanderungsgesetzen und immer strengeren Überwachungsmethoden in fast allen Ländern Europas und in den USA zusehends beschränkt. Die nächste Ausgrenzungsbewegung richtet sich nun gegen die wirtschaftlich schwachen Gruppen der Gesellschaft: Sozialhilfempfänger, Arbeitslose, Behinderte, alleinerziehende Mütter und Jugendliche ohne Ausbildung . Sie erfahren zunehmend, wie die Noch-Gewinner ihnen die Solidarität aufkündigen. Selbst vom Abstieg bedroht, verwandeln sich friedliche Mittelschicht- Bürger in Wohlstands-Rassisten, die für die Verlierer im globalen Konkurrenzkampf und die vermeintlichen „Sozialschmarotzer“ nicht mehr zahlen wollen. Sie bilden die Basis für den Aufstieg der Neuen Rechten, die sich in Deutschland vor allem in der FDP konzentrieren. Die Vorsorge für Alter, Krankheit und Jobverlust müsse wieder dem Einzelnen überlassen werden, predigen sie denen, die kein Geld mehr für die Vorsorge haben.

2. Der historische Kompromiß zwischen Kapital und Arbeit wird aufgekündigt

Nach dem Staatssozialismus wird nun auch das Modell der westlichen Wohlfahrtsstaaten zu Grabe getragen. Staatsausgaben kürzen, Löhne senken und Sozialleistungen streichen: dieses

Programm ist von den USA bis Japan, von Schweden über Österreich und Deutschland bis Spanien im Kern gleich.

Die von Konzernchefs, Verbandsfunktionären, Ökonomen und Politikern multimedial verbreiteten Erklärungen für den Niedergang gipfeln in einem Begriff, der inzwischen Karriere gemacht hat und dem der Rang eines Naturgesetzes zugesprochen wird:

Globalisierung! Worauf auch immer die Rhetorik der Globalisierung verweisen mag - Globalisierung der Wirtschaft, der Märkte, der Arbeitsplatzkonkurrenz, der Produktion, der Waren, der Dienstleistungen und der Informationsflüsse - „hervorstechen in jedem Falle - schreibt Ulrich Beck - „die beabsichtigten politischen Nebenfolgen hier und jetzt, welche die Inszenierung des Globalisierungsrisikos in Gang setzt: Industriegesellschaftliche Institutionen, die politisch gänzlich verschlossen schienen, können ‘geknackt’ werden: die Prämissen des Sozialstaates und des Rentensystems, der Sozialhilfe und der Kommunalpolitik, der Infrastrukturpolitik, die organisierte Macht der Gewerkschaften, das überbetriebliche Verhandlungssystem der Tarifautonomie ebenso wie die Staatskosten, das System der Steuern und die ‘Steurgerechtigkeit’ - alles schmilzt unter der neuen Wüstensonne der Globalisierung ...Man kann sagen: Was für die Arbeiterbewegung des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Arbeiter- und Klassenfrage war, ist für die global operierenden Unternehmen an der Wende ins 21. Jahrhundert die Globalisierungsfrage. Mit dem allerdings wesentlichen Unterschied: daß die Arbeit als Gegenmacht agierte, die globalen Unternehmen aber bislang ohne (globale) Gegenmacht handeln.“ (FR, 9.1. 97)

Gleichwohl empfiehlt es sich, in der seit Monaten geführten aufgeregten Debatte genau zu unterscheiden zwischen den wirklichen ökonomischen Tatbeständen der Globalisierung und der Rhetorik der Globalisierung bzw. ihren cui bono?, also der Frage: Wem nützt sie?

Faktum ist, daß die transnationalen Konzerne erstens Arbeitsplätze dahin exportieren können, wo die Kosten und Auflagen für den Einsatz der Arbeitskräfte möglichst niedrig sind. Sie sind zweitens in der Lage, Produkte, Zulieferungen und Dienstleistungen so zu zerlegen, und arbeitsteilig an verschiedenen Orten der Welt zu erzeugen, daß nationale und Firmen-Etikette zur bloßen Chimäre werden. Was etwa ist noch „amerikanisch“ an dem aus Mexiko importierten „Chevrolet“, der aus vielen Teilen zusammengebaut wird, die in vielen Ländern der Welt hergestellt werden? Was noch „japanisch“ an dem Toyota Camry, der in Amerika entworfen, hergestellt und vertrieben wird? Die global operierenden Unternehmen sind drittens in der Lage, Nationalstaaten oder einzelne Produktionsorte gegeneinander auszuspielen und auf diese Weise eine Art globalen Kuhhandel um die billigsten Steuer -die

günstigsten Infrastrukturleistungen und die großzügigsten Subventionsgeschenke zu organisieren. Schließlich können sie in dem Dickicht globaler Produktion zwischen Investitionsort, Produktionsort, Steuerort und Wohnort nach Belieben unterscheiden und hin- und herpendeln.

Faktum ist ferner, daß im Namen des globalen Konkurrenzkampfes eine noch nie dagewesene Attacke auf die westlichen Wohlfahrtsstaaten geritten wird- und dies mit durchschlagendem Erfolg; eine Attacke, die durch eine beispiellose publizistische und mediale Offensive flankiert wird. So schreibt z.B. die FAZ: „Die „westliche Anspruchsgesellschaft kollidiert mit ehrgeizigen asiatischen Verzichtsgesellschaften“, der Wohlfahrtsstaat ist „zur Zukunftsbedrohung geworden“, ein „Mehr an sozialer Ungleichheit ist unausweichlich.“

Radikale Einschnitte bei allen Sozialleistungen und Lohnsenkungen *trotz steigender Produktivität und zweistelliger Zuwachsraten bei Gewinnen und Dividenden* sind aber längst kein Krisenmanagement mehr. Die marktradikalen Ideologen der Globalisierung kündigen vielmehr den ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag, den historischen Kompromiß der ersten industriegeschichtlichen Moderne, den Kompromiß zwischen Arbeit und Kapital, der die soziale Ungleichheit durch Umverteilung von oben nach unten in Grenzen hielt. Das aber heißt: nicht nur die gewerkschaftlichen, auch die nationalstaatlichen Fesseln sollen abgestreift werden, die die globale „Freiheit“ und Souveränität des Kapitals noch „behindern“. *Globalisierung heißt: internationaler Klassenkampf von oben und sukzessive Entmächtigung (nicht Ermächtigung) nationalstaatlicher Politik* (was den Nationalstaat indes keineswegs überflüssig macht, wie neuerdings gerne behauptet wird).

3. Der neoliberale Fundamentalismus :Wollt Ihr den totalen Markt?

Doch handelt es sich hierbei keineswegs um ein „Naturgesetz“, wie die marktradikalen Ideologen der Globalisierung behaupten, sondern um ein von Menschen gemachtes Gesetz. Die Globalisierung wurde vorbereitet und begleitet vom Aufstieg einer wirtschaftspolitischen Heilslehre, die in ihrer Dogmatik, Unbelehrbarkeit und Indolenz durchaus mit dem Fundamentalismus religiöser Sekten und Glaubenslehren vergleichbar ist und die eine Heerschaar von Wirtschaftsberatern fortwährend in die Politik trägt: die des Neoliberalismus und Monetarismus. Dessen Grundthese, die aus der wirtschaftswissenschaftlichen Schule des US-Ökonomen Milton Friedmann stammt, lautet vereinfacht: Der Markt ist gut und staatliche Eingriffe sind schlecht. Die neoliberalen Marktradikalen und Monetaristen, die eigentlich von

einem Markt ohne Staat träumen, sind sozusagen die spiegelverkehrten Zwillingbrüder der ehemaligen Staatsozialisten, die den Markt verteufelten und den Staat als einziges Wirtschaftssubjekt betrachteten. Daß Märkte die politische Regulation brauchen, ohne die sie destruktiv und katastrophisch wirken, daß Märkte nur in Verbindung mit einem komplexen System sozialer Sicherung funktionieren können und zu mehr Massenwohlstand führen - diese Erfahrung aus der großen Weltwirtschaftskrise von 1928, die in Amerika zum New Deal und in Europa nach 1945 zum Erfolgsmodell der „sozialen Marktwirtschaft“ geführt hat, wird von den Monetaristen und Neoliberalen längst wieder negiert.

Nichts desto trotz wurde ihre wirtschaftspolitische Heilslehre in den achtziger Jahren von den meisten Regierungen des Westens zur Richtschnur ihrer Politik erhoben- mit katastrophalen Folgen und sozialen Verwerfungen. Deregulierung statt staatlicher Aufsicht, Liberalisierung von Handel und Kapitalverkehr sowie Privatisierung der staatlichen Unternehmen wurden die strategischen Waffen im Arsenal marktgläubiger Regierungen und der von ihnen gelenkten internationalen Wirtschaftsorganisationen ,der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Welthandelsorganisation (WTO). Ob Luftfahrt oder Telekommunikation, Banken oder Versicherungen, Bauindustrie oder Software- Entwicklung und eben auch die Arbeitskraft- nichts und niemand soll sich dem universellen Gesetz von Angebot und Nachfrage entziehen. So haben die Regierungen selbst alle Schranken niedrigerissen, die ehemals den grenzüberschreitenden Geld- und Kapitalverkehr regierbar und einigermaßen beherrschbar machten.

„Wollt Ihr den totalen Markt? Wollt Ihr ihn totaler und radikaler, als Ihr ihn Euch jemals vorgestellt habt?“ Auf diese rhetorische Frage eines anderen berühmten -berühmten Radikalen der deutschen Geschichte muß man ,um seinen wahren Gehalt zu begreifen, das Programm der marktradikalen Deregulierer und Neoliberalen bringen , das inzwischen fast die ganze Welt erobert hat. Denn jetzt ,nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme, haben wir ihn :den totalen und nahezu total deregulierten Markt in der globalisierten One- World -Ökonomie, und mit ihm *den totalen ,zum schieren Selbstzweck entarteten Effizienz- Krieg,* der zu einem globalen Kosten- und Steuersenkungswettlauf zugunsten der transnationalen Kapitale und zu *einem Jobkiller- Programm von noch nie dagewesenen Dimensionen* geführt hat.

4. Die ehemaligen Souveräne als hilflose Zauberlehrlinge

Nun beklagen die Regierungen wie hilflose Zauberlehrlinge, daß sie der Geister nicht mehr Herr werden, die sie selbst gerufen haben. Nun sitzen sie- und das Wahlvolk mit ihnen- *in der „Globalisierungsfalle“*, wie die beiden *Spiegel*-Redakteure Hans- Peter Martin und Harald Schumann ihr derzeit viel diskutiertes und glänzend recherchiertes Buch über die katastrophischen Auswirkungen der Globalisierung betitelt haben. Nun sehen die ehemaligen Souveräne ratlos und ohnmächtig zu, wie die *global players*, die Top- Manager von über 40 000 transnationalen Unternehmen und Fondsgesellschaften, die Lenker der großen Kapitalströme, die Belegschaften ebenso wie die Staaten gegeneinander ausspielen, mit ihnen buchstäblich Katz und Maus spielen und sie in eine -für viele ruinöse- *Standortkonkurrenz um niedrigste Löhne, niedrigste Abgaben und niedrigste ökologische Auflagen* hineintreiben. 40 % Steuern auf Kapitalerträge in Deutschland? Viel zuviel, Irland gibt sich mit 10 % zufrieden, Malaysia, einige US- Bundesstaaten, erst recht die kapitalhungrigen Staaten Osteuropas verzichten für fünf bis zehn Jahre sogar gänzlich auf Steuern und Abgaben. Also lassen die deutschen Autobauer mehr und mehr im Ausland produzieren: Opel in Polen, Audi in Ungarn, Mercedes in den USA und Brasilien, BMW in den USA...45 Mark für die Facharbeiterstunde? Viel zu teuer, die Briten arbeiten für weniger als die Hälfte, die Tschechen für ein Zehntel, und die Asiaten für den staatlich festgesetzten Mindestlohn, der z.B. in Jakarta gerade mal 95 Mark im Monat beträgt.

Während die Arbeitslosigkeit parallel mit den Schulden der öffentlichen Haushalte steigt und steigt, schnellen Börsenkurse und Konzerngewinne mit zweistelligen Raten auf Rekordhöhe. Das aber heißt, die Spielregeln der globalisierten Ökonomie haben sich ,verglichen mit der Nachkriegsepoche der Vollbeschäftigung ,radikal geändert, ja, bezüglich der Arbeit buchstäblich in ihr Gegenteil verkehrt: *nicht mehr die Schaffung ,sondern die Abschaffung von Arbeitsplätzen erhöht die Produktivität und damit die Rendite* und wird von der Börse entsprechend honoriert.

Gleichwohl ist es blanke Demagogie, von einer allgemeinen Gefährdung des Produktionsstandortes Deutschlands zu reden. Zwar werden am liberalisierten Weltmarkt die Karten jetzt neu gemischt ,und mit am Tisch sitzen nun die Billiglohnländer des einstigen sozialistischen Lagers, China und die Tigerstaaten von Fernost. Und seit die Produktionsstandorte global umverteilt werden, sind auch einige Branchen bei uns in die Krise geraten. Dennoch gehört die bundesdeutsche Wirtschaft noch immer zu den Weltmeistern im Export . Kein geringerer als Jacques Delors hat denn auch in seiner Aachener Rede das Gejammer des mit

Abstand größten Exporteurs innerhalb der Europäischen Union entschieden zurückgewiesen. Ich komme darauf zurück.

Mit der Keule der Standortdebatte sollen vor allem die Gewerkschaften in die Knie und zum Lohnverzicht gezwungen und gleichzeitig die Gesetzgeber genötigt werden, noch mehr Steuererleichterungen für die Wirtschaft durchzusetzen und die Systeme der sozialen Sicherung radikal zu beschneiden. Und das breite Publikum, aufgeschreckt durch immer neue Entlassungswellen und steigende Arbeitslosenzahlen, die schon bedrohlich an Weimarer Verhältnisse erinnern, repetiert gläubig, was es Tag für Tag von den Vertretern der Wirtschaft und ihren politischen Funktionsträger sowie aus allen multimedialen Kanälen zu hören bekommt: Nur steigende Gewinne infolge von Lohnzurückhaltung und Steuerabbau zugunsten der Wirtschaft können uns neue Beschäftigungschancen eröffnen!

Diese *neokonservative Botschaft* hat, angesichts der verzweifelten Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Millionen betroffener und verunsicherter Bürger, einen fast durchschlagenden Erfolg. Auch viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter, darunter führende Genossen, die es eigentlich besser wissen müßten, halten diese Botschaft inzwischen für ein unumstößliches Dogma. Nach Arbeit drängt, an der Arbeit hängt doch alles. Keineswegs an Gold und Geld, wie die Kursrekorde an den Börsen zeigen. *Die Gewinne stimmen nämlich!* Was dagegen nachweislich *nicht* stimmt, schon lange nicht mehr stimmt, ist die Mär von den Gewinnen heute als Bedingung für die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Bei uns und überall in den westlichen Wohlstandsgesellschaften. Trotzdem hält auch die Mehrheit im "Bündnis für Arbeit" an dieser *Pferdeäpfel-Theorie* fest, wonach dem Gaul nur ordentlich Futter gegeben werden muß, damit hinten noch genügend Körner herausfallen. "*Macht die Reichen reicher, damit es aufwärts geht!*" heißt landauf, landab die Devise!

Schon die wachsende Kluft zwischen Unternehmensgewinnen einerseits und Lohn- und Arbeitseinkommen andererseits, auch die gigantische Zunahme der Geldvermögensbildung bei Unternehmen und Selbständigenhaushalten schlägt dieser Theorie blank ins Gesicht. Erst recht aber die zunehmende Ungleichgewichte in der Verteilung der Steuerlasten.

5. Steuergeschenke für die Reichen und die Flucht in die Geldkapitalanlage

In Feudalzeiten war es bekanntlich ein Privileg des Adels, von der Steuer befreit zu sein. Heute genießen bzw. verschaffen sich dieses Privileg die transnationalen Konzerne und Banken. Indem sie die Unterschiede zwischen den jeweiligen nationalen Besteuerungs-

systemen systematisch nutzen, können sie ihre Steuerlast international minimieren. Die Basis dafür ist ein grenzüberschreitender Verbund von Tochtergesellschaften und Niederlassungen. Weil sie untereinander mit Vorprodukten, Dienstleistungen oder auch nur mit Lizenzen handeln, können die Multis sich selbst Kosten in beinahe beliebiger Höhe in Rechnung stellen. Darum fallen ihre Ausgaben immer dort am höchsten aus, wo auch die Steuersätze am höchsten sind. Umgekehrt erwirtschaften Tochterfirmen in Steueroasen oder Niedrigsteuerzonen stets exorbitant hohe Gewinne, selbst wenn sie dort nur ein Büro mit Fax-Anschluß und zwei Mitarbeitern unterhalten.

Im Gegensatz zu den Multis ächzen die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die solche Möglichkeiten der „legalen“ Steuerhinterziehung nicht haben, unter der regulären Steuer- und Abgabenlast und sind in vielen Branchen vom Konkurs bedroht. Eine Steuerreform bzw. Abgabentlastung zu ihren Gunsten wäre daher ebenso ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft wie eine Verbesserung der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik, die den bedrohten kleinen und mittelständischen Betrieben zu gute kommt. Deutschlands Großunternehmen und Banken dagegen können im Dschungel des transnationalen Finanzmarktes die Steuerbelastung beliebig herunterfahren, notfalls auf unter zehn Prozent. BMB etwa, das gewinnstärkste Autounternehmen der Republik, überwies noch 1988 gut 545 Millionen Mark an deutsche Finanzämter. Vier Jahre später waren es gerade noch 6 Prozent dieser Summe, nur 31 Millionen Mark. Im darauffolgenden Jahr wies BMW-trotz insgesamt steigender Gewinne und unveränderter Dividende- im Inland sogar Verluste aus und ließ sich 32 Millionen Mark vom Finanzamt zurückerstatten. Insgesamt habe der Konzern auf diese Weise zwischen 1989 und 1993 über eine Milliarde Mark an Abgaben an den Staat gespart, kalkulieren Branchenkenner. Auch Siemens verlegte seinen Konzernsitz steuerrechtlich ins Ausland. Von den 2,1 Milliarden Mark Gewinn des Geschäftsjahres 94/95 bekam der deutsche Fiskus nicht einmal mehr 100 Millionen, d.s. knapp 5 Prozent. In 1996 zahlte Siemens gar nichts mehr. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

Somit entscheiden nicht mehr demokratisch gewählte Regierungen über die Höhe der Besteuerungen, vielmehr legen die Dirigenten der Kapital- und Warenströme selbst fest, welchen Beitrag sie zur Erfüllung staatlicher Aufgaben noch leisten wollen.

Schon diese legale Steuerhinterziehungspolitik hat in den letzten Jahren zu einer beachtlichen Verbesserung der Gewinnlage der Multis und Banken geführt. Und *trotzdem* verzeichnet die Arbeitslosenstatistik einen neuen Nachkriegsrekord. Dabei müßte nach der *Pferdeäpfeltheorie* die verbesserte Gewinnlage der Unternehmen doch eigentlich zu *mehr*

Beschäftigung geführt haben. Der Widerspruch klärt sich auf, wenn man die Entwicklung der Realinvestitionen einerseits und die Anlagen in den internationalen Geldmärkten andererseits untersucht.

Die globale Entfesselung der Finanzmärkte und die wachsende Liquidität der Großunternehmen und Banken hat nämlich eher zu *spekulativen Anlagen* im Sinne des "Kasinokapitalismus" geführt- und *nicht* zu Investitionen in Sachanlagen. Die Flucht in die reine Geldkapitalanlage und in die Spekulation ist denn auch zu einem Hauptgrund für die mangelnde Investitionstätigkeit der Unternehmen geworden . Dies erweist u.a. ein Blick in die von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zahlen zur Mittelverwendung der westdeutschen Unternehmen des produzierenden Gewerbes, Handels und Verkehrs: 1994 dienten- sage und schreibe- 47,3% der verwendeten Mittel der reinen Geldvermögensbildung. 1992 waren es noch 26,5 %. Daimler- Benz beispielsweise bezieht aus seinen Anlagen in hochverzinslichen Wertpapieren und Finanztiteln fast schon mehr Gewinn als aus dem Verkauf seiner sämtlichen Automobile. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei jener „Bank mit angeschlossener Elektroabteilung“, die den Namen Siemens trägt. Sie gilt in Fachkreisen als „über-flüssig“. Da muß man sich freilich nicht wundern, daß sich die Multis bei Realinvestitionen zurückhalten und daß die Massenarbeitslosigkeit europa- ja, weltweit zunimmt. Der Tausch Lohnverzicht gegen Beschäftigung ,zu dem sich Gewerkschafter und Betriebsräte im „Bündnis für Arbeit“ verpflichtet haben, wird daher mit Sicherheit nicht den gewünschten Effekt haben. An der mangelnden Liquidität oder an zu schmalen Gewinnen liegt es jedenfalls nicht, wenn die Unternehmen bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen so zurückhaltend sind.

Längst hat sich der entfesselte und vollkommen deregulierte Weltfinanzmarkt mit seinen frei floatierenden und vagabundierenden Geldkapitalströmen zu einem globalen Casino, zu einem Eldorado der Spekulation entwickelt. Spekulanten und Devisenhändler vermehren im Cyberspace des elektronischen Börsenhandels ihr (meist nur geliehenes) Geld mit Lichtgeschwindigkeit ,machen (wenn sie fix genug sind) Hundert Millionen Dollar pro Minute und können, etwa durch gezielte Angriffe auf die Währungshoheit der Nationalstaaten, bislang souveräne Nationalbanken zur Abwertung zwingen.

Nicht nur die Steuerhoheit, auch die Währungshoheit der Nationalstaaten wird so immer mehr aufgeweicht. Martin/ Schumann: „Der Internationalismus ,einst eine Erfindung sozialdemokratischer Arbeiterführer gegen kapitalistische Kriegstreiber, hat längst die Seiten gewechselt...In einer globalen Zangenbewegung hebt die neue Internationale des Kapitals

ganze Staaten und deren bisherige gesellschaftliche Ordnung aus den Angeln. An der einen Front droht sie mal hier, mal dort mit Kapitalflucht und erzwingt so drastische Steuerabschläge sowie milliardenschwere Subventionen oder kostenlose Infrastruktur. Wo das nicht wirkt, hilft Steuerplanung im großen Stil: Gewinne werden nur noch in den Ländern ausgewiesen, wo der Steuersatz auch wirklich niedrig ist. Weltweit sinkt der Anteil, den Kapitalgeber und Vermögensbesitzer zur Finanzierung staatlicher Aufgaben beitragen. Auf der anderen Seite fahren die Lenker der globalen Kapitalströme das Lohnniveau ihrer steuerzahlenden Beschäftigten kontinuierlich nach unten. Auch die Lohnquote, der Anteil der Lohnbezieher am gesellschaftlichen Reichtum, sinkt im Weltmaßstab. Keine Nation vermag sich dem Druck entgegenzustellen.“

Anarchie und frühkapitalistische Ausbeutung kehren kurz vor der Jahrtausendwende wieder. Nehmen wir die Großbaustelle Berlin als Beispiel: Bei einem Warnstreik vor einigen Wochen hat nur ein Zaun mühsam noch deutsche Bauarbeiter und ausländische Billigarbeiter getrennt. Einer von ihnen ist Anfang des Jahres im Schatten des Brandenburger Tores ums Leben gekommen. „Niemand, mit Ausnahme der Staatsanwalt,“ schreibt die F. R., „glaubt bis heute an eine natürliche Ursache. Steine fliegen neuerdings niedriger, meint ein Gewerkschafter.“ Den portugiesischen Bauarbeitern dieser Tage, denen man im Entsendeland 3000 Mark monatlich versprochen hatte, zog man Beträge für Auslösung, Unterkunft und Urlaub solange ab, bis ein Stundenlohn von 4.50 DM übrigblieb. Auf den Baustellen von Lissabon aber, wo die Expo 1998 stattfinden soll, gibt es kaum noch portugiesische Arbeiter, weil diese von ihren Firmen alle nach Deutschland entsandt werden, wo sie mit Dumpinglöhnen die deutschen Tariflöhne unterbieten und die deutschen Bauarbeiter um ihre Jobs bringen. Dafür arbeiten jetzt auf Lissabons Baustellen fast nur noch afrikanische Arbeiter für 2 Mark fünfzig die Stunde, wenn sie das kriegen!

Wie referierte doch Karl Marx 1865 vor dem Generalrat der 1. Internationale in London? „Die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion ist, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken oder den Wert der Arbeit bis zu seiner Minimalgrenze zu drücken“.

So wird auch das Modell Deutschland im transnationalen Wettbewerb, im Sozial- und Lohndumping regelrecht abgekocht.

6. Das US-amerikanische Vorbild

Die forschesten Vertreter der deutschen Wirtschaft verstecken ihre Absichten denn auch nicht mehr hinter der euphemistische Phrase vom „Umbau des Sozialstaates“. Sie geben unumwunden zu, daß das Modell der sozialen Marktwirtschaft ausgedient habe und daß sie eine „andere Republik“ wollen: nämlich den „Kapitalismus pur“ nach US-amerikanischem Vorbild.

In der Tat :Amerika liegt wieder vorn. Das heißt ,es hat jene „Anpassung nach unten“ schon weitgehend hinter sich, die die europäischen Gesellschaften, ginge es nach dem Willen ihrer Konzernchefs und neoliberalen Regierungen , noch vor sich haben. Um die Produktivität zu steigern und die Kosten zu drücken, kannte die US- Konzerne nur noch eine Strategie: Rationalisierung und Lohnsenkung. „Downsizing“ (Verkleinern), „outsourcing“ (Auslagern) und „re-engineering“ (Umorganisieren und Zentralisieren) .Zwar hat sich damit, nach den großen Einbrüchen vor zehn Jahren, die angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft sprunghaft verbessert. Und die Arbeitslosenrate liegt, wie Präsident Clinton stolz verkündete, mit 5,3 Prozent niedriger als in allen OECD- Staaten. (Allerdings handelte es sich hierbei um frisierte Zahlen und schönste Statistiken, da in den USA jeder Arbeiter, der auch nur eine Stunde die Woche arbeitet, unter die Kategorie „beschäftigt“ fällt) . Dafür bescherte der forcierte Wettbewerb mehr als der Hälfte der Bevölkerung den neuen amerikanischen Alptraum: Abstieg ohne Ende. Das produktivste und reichste Land der Welt hat sich in das größte Billiglohnland der Weltwirtschaft verwandelt. Die durchschnittlichen Bruttolöhne für fast drei Viertel der Arbeitsbevölkerung fielen um 19 Prozent- auf nur noch 258 Dollar ,das sind 380 Mark pro Woche. Für das untere Drittel der Einkommenspyramide fiel der Lohnschwund noch dramatischer aus: Es erhält sogar 25 Prozent weniger Lohn als vor zwanzig Jahren, während aller Zuwachs an Vermögen und Einkommen nur noch dem oberen Fünftel oder etwa 20 Millionen Haushalten zugute kommt und etwa eine halbe Million Superreiche heute ein Drittel des gesamten privaten Vermögens in den USA besitzen. Noch nie in der Geschichte der USA war der Unterschied zwischen reich und arm so kraß, so himmelschreiend wie heute.

Parallel zur Just- in- time- Herstellung, der Produktion auf Bestellung und ohne teure Vorratslager, erfanden die US- Unternehmen auch den Just- in - Time-Arbeiter, den Angestellten auf Abruf, der in früheren Zeiten schlicht Tagelöhner genannt wurde. Über fünf Millionen Bürger in gods own country fristen heute ihr Dasein als Tagelöhner. Mit dem „outsourcing“, der Entlassung ehemaliger Angestellter und Arbeiter in die Scheinselbständigkeit und in die faktische Tagelöhnerie ,d.h, mit der Zersplitterung der Arbeitsorganisation zer-

brach auch die organisatorische Basis der Gewerkschaften. Waren 1980 noch über 20 Prozent aller Angestellten und Arbeiter Mitglieder einer Gewerkschaft, so sind es heute noch 10 Prozent, mithin die Hälfte. (Umso erstaunlicher, daß es in einzelnen US-Branchen trotzdem neue und scharfe Arbeitskämpfe gibt!)

Im November 96 kippte Präsident Clinton ,unter dem Druck der Republikaner, die im Kongreß die Mehrheit haben, auch das Sozialfürsorge-Programm Franklin D. Roosevelts aus dem Jahre 1935. Sozialhilfe wird höchstens noch zwei Jahre hintereinander und höchstens fünf Jahre im Leben geleistet. Wer es dann nicht geschafft hat, landet als Bettler und homeless people auf der Straße.

Wie man sieht, bezahlt die US- Ökonomie ihre wiedergewonnene internationale Wettbewerbsfähigkeit mit dem *fortschreitenden Zerfall der Gesellschaft* : Die Kriminalität hat epidemische Ausmaße angenommen. Im Bundesstaat Kalifornien übersteigen die Ausgaben für die Gefängnisse den gesamten Bildungsetat. Schon 28 Millionen Amerikaner, mehr als 10 Prozent der Bevölkerung, haben sich in bewachten Hochhäusern und Siedlungen verschantzt. Für private Wächter geben die US- Bürger doppelt so viel Geld aus wie ihr Staat für die Polizei.

Soll so die Perspektive für Europa und für Deutschland 2000 aussehen?

7. Karl Marx bekommt wieder Recht.

Es ist wohl kein Zufall, daß die derzeit schärfste und schrillste Kritik an der globalen Konkurrenzgesellschaft just aus dem Lande kommt, dessen brutale Modernisierungsstrategie viele europäische Ökonomen, Konzernchefs und Politiker jetzt ihren eigenen Gesellschaften zur Nachahmung empfehlen.

In seinem Buch „Die neue Weltwirtschaft“ diagnostiziert US- Arbeitsminister Robert B. Reich: „Die Globalisierung schafft eine neue Unterklasse von demoralisierten und verarmten Menschen.“ Denn beim Umbau der globalen Ökonomie bleiben „Millionen von Ausgemusterten auf der Strecke“. Selbst Percy Barnevik, Chef des global operierenden Elektro-Multis Asea- Brown- Boveri, blickt sorgenvoll in die Zukunft und warnt: „Nehmen wir die Herausforderungen von Armut und Arbeitslosigkeit nicht an, werden sich die Spannungen zwischen Besitzenden und Habenichtsen in Gewalt und Terrorismus entladen.“

Der Anteil des ärmsten Fünftels der Menschheit am Welteinkommen ist zwischen 1960 und 1990 von 4 auf 1 Prozent geschrumpft. *358 Dollar- Milliardäre besitzen heute mehr, als die Hälfte der Menschheit pro Jahr verdient.* Nie zuvor in der Geschichte hat ein Wirtschafts-

system so immense Reichtümer hervorgebracht und diese gleichzeitig so extrem ungleich verteilt.

Der US- Analytiker Ethan B. Kappstein vom Washingtoner Rat für Außenbeziehungen sieht bereits eine soziale Katastrophe von apokalyptischen Ausmaßen heraufziehen .“ Die Welt“, schreibt er in der Zeitschrift „Foreign Affairs“, „treibt auf einen dieser tragischen Momente zu, die später Historiker zur Frage veranlassen: was hielt die Eliten davon ab, eine globale soziale Krise zu verhindern?“

Man muß es nicht erst späteren Historikern überlassen, diese Frage zu beantworten ;man kann es schon jetzt. Ironie der Geschichte! Just zu dem Zeitpunkt ,da man ,zusammen mit der sowjetkommunistischen Jahrhundertleiche , auch ihren vermeintlichen Ziehvater Karl Marx wortreich zu Grabe getragen hat, gibt die geschichtliche Entwicklung dem revolutionären Nationalökonom und empirischen Theoretiker des „Kapital“ wieder Recht . Denn erst jetzt, am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts, hat sich *das „allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ im Weltmaßstab durchgesetzt*: “Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Hunger, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol“. (Kapital, Bd. I) Die Marxsche „Kapital“- Analyse, dieser Biß des „toten Hundes“ , geht eben noch immer durch bis auf die Knochen.

Zwar schien der historische Kompromiß der ersten industriegeschichtlichen Moderne, der (sozialdemokratische) Kompromiß zwischen Arbeit und Kapital und der daraus resultierende Massenwohlstand in den westlichen Industriegesellschaften diese „Entwicklungslogik des Kapitals“ ein für alle Mal widerlegt zu haben. Jetzt aber, mit dem Ende der Systemkonkurrenz und dem globalisierten Weltmarkt , bricht sie sich wieder ungehindert Bahn - und zwar am brachialsten in dem Land, von dem die monetaristische Gegenrevolution gegen die Errungenschaften des sozialdemokratischen und keynesianistischen Zeitalters ausging: in den USA.

8. Die Rhetorik der Globalisierung als Drohung und Erpressungsmittel

Und doch ,ich wiederhole es: man sollte tunlichst die Rhetorik der Globalisierer an der wirklichen ökonomischen Faktenlage messen. Erst vor kurzem meldete der Deutsche Industrie- und Handelstag , es stimme gar nicht, daß die deutsche Exportwirtschaft Weltmarktanteile verliere. Sie habe im Gegenteil 0,2 Prozent dazugewonnen. Auch ist die Prozentzahl derjenigen deutschen Unternehmen, die tatsächlich schon Arbeitsplätze ins Ausland verlagert

haben, immer noch sehr viel niedriger, als die öffentliche Debatte darüber und die apokalyptische Vision vom auswandernden deutschen Kapital vermuten läßt. Alles in allem wurden für 1995 deutsche Direktinvestitionen ins Ausland in Höhe von 48 Milliarden DM gemeldet („Ifo- Schnelldienst 30/96“). Die in Deutschland getätigten Anlageinvestitionen beliefen sich im selben Jahr auf 751 Milliarden DM. Insgesamt wurde also ein Wert im Ausland angelegt, der rund 6 Prozent der deutschen Inlandsinvestitionen ausmachte. Aber auch diese 6 Prozent deutscher Auslandsinvestitionen bedeuten keineswegs einen entsprechenden Kapital- oder Beschäftigungsabfluß, schon gar nicht sind sie Zeichen einer Standortschwäche. In diesen Direktinvestitionen ins Ausland sind z.B. Gründung und Erwerb von Unternehmen enthalten, soweit die Beteiligung mindestens 20 Prozent beträgt. Der Profit aber, mit dem Markenfirmen im Ausland gekauft oder Dienstleistungen etabliert werden, stammt aus der deutschen Mehrwertproduktion. Setzt man alle im Ausland getätigten Direktinvestitionen ins Verhältnis zu den Inlandinvestitionen, bleiben rund 94 Prozent im Inland. Das Rheinisch- Westfälische Wirtschaftsinstitut für Wirtschaftsforschung (RWI) ermittelte jüngst, daß die Zahl der Inlandsbeschäftigten sich günstiger bei Unternehmen entwickelt, die auch im Ausland expandieren, als bei Unternehmen, die sich nur wenig im Ausland engagieren.

Daß die Produktion ins Ausland abwandere, weil die Kosten der Arbeit in Deutschland zu hoch seien , nennt der IG- Medien- Vorsitzende Olav Hensche denn auch ein „Schreckgespenst“ ,das die Unternehmerseite ganz bewußt an die Wand male:“ Ein Land, für das ein Drittel seines Nationaleinkommens die Exportgüter ausmachen, wird immer ausländische Standorte schaffen und erhalten. Die allerwenigsten Investitionen sind jedoch derartige ‘Fluchtinvestitionen’ aufgrund angeblich zu hoher Löhne und Lohnnebenkosten. 95 Prozent sind Investitionen, um Marktnähe zu erhalten, wenn nicht gar auszubauen. Und 88 Prozent aller Investitionen fließen in Hochlohnländer. Man muß endlich die Globalisierungsdebatte entmystifizieren ,sie ist wider alle wirtschaftliche Realität.“

Thomas Ebermann und Trampert kommen in ihrer kritischen Studie („Konkret 97“)zu einem ähnlichen Resultat: „Die Tatsache, daß weniger Kapital nach Deutschland fließt als deutsche Unternehmen ins Ausland schicken, ist ein Zeichen imperialer Stärke. Das deutsche Kapital dringt mit Bravour in die ausländischen Märkte und hat dafür das nötige Geld. Andererseits schottet es sich selber stärker ab als andere Staaten dies tun.“ Der jüngst von der Süddeutschen Zeitung geäußerte Verdacht, die deutsche Wirtschaft würde sich ihren Standort deshalb so schlecht reden, weil sie ausländische Konkurrenten abschrecken wolle,

um die grandiosen Profitmöglichkeiten im eigenen Lande alleine nutzen zu können, ist wohl gar nicht so abwegig. Sie ähnelt darin einem Hofhund, der alle Nachbarhunde verbellt, weil er die fetten Brocken seines Reviers alleine verzehren will.

Inzwischen ist unter der Hand zu hören (die Unternehmerpresse hängt dies natürlich nicht an die große Glocke!), daß nicht wenige deutsche Unternehmen, die im Ausland investieren wollten, reumütig wieder an den heimatlichen Standort zurückkehren. Warum wohl? Aus nationaler Sentimentalität oder gar aus Vaterlandsliebe? Gewiß nicht. Sondern weil der Standort Deutschland, bei Lichte besehen, viel, viel besser ist als sein Ruf, der nur aus strategischen Gründen schlecht geredet wurde.

Was diesen so attraktiv macht, sind erstens die *außerordentlich niedrigen Lohnstückkosten*. Sie drücken das Verhältnis des Lohns zum Wert des geschaffenen Produkts aus, sind mithin der relevante Faktor für die internationale Konkurrenzfähigkeit. Je niedriger die Lohnstückkosten, desto höher ist die Produktivität und damit die Ausbeutungsrate der Arbeit. Das Ifo-Institut hat ermittelt, daß Deutschland, gemessen an den Lohnstückkosten, keineswegs zu den Hochlohnländern zählt. Setzt man die deutschen Löhne von 1970 gleich 100, stiegen die Lohnstückkosten in Deutschland bis 1994 auf 250, die der wichtigsten Handelspartner aber auf 481. Ohne einen gewissen Ausgleich durch Währungsaufwertungen - die hohen Exportüberschüsse der deutschen Wirtschaft erzeugen einen ständigen Aufwertungsdruck - wäre Deutschland beinahe ein Niedriglohnland. Auch herrscht in der deutschen Wirtschaftspresse darüber Konsens, daß die deutsche Konjunktur von der Auslandsnachfrage in Gang gehalten wird. Wenn aber das Ausland mit wachsender Begeisterung Waren kauft, die in Deutschland produziert werden, muß der Standort ziemlich kosten- und preisgünstig sein.

Im übrigen sind Löhne und Lohnnebenkosten nur zwei Standortfaktoren unter vielen anderen; und sie sind nicht einmal die wichtigsten. Daß das deutsche Kapital viel nationaler ist, als es von sich selbst glauben machen möchte, liegt vor allem daran, daß es hierzulande über industriell erzogene, hochdisziplinierte und qualifizierte Arbeitskräfte verfügt, außerdem über perfekte Verkehrs- und Informationssysteme, über ein bestens organisiertes System von Zulieferern, über hochwertige Handwerks- und Dienstleistungen, die täglich abrufbar sind; über eine stabile Währung und über ein angemessenes Marktvolumen. Auch der - bislang gewährte - soziale Friede, der jahrzehntelang für ein ruhiges Betriebsklima bürgte, ist ein hochrangiger Standortfaktor. Das Ensemble dieser strategischen Standortbedingungen aber finden die deutschen Unternehmen schwerlich in Polen, Portugal oder auf den Philippinen vor.

Wie schon gesagt, erwächst *die strategische Macht der Globalisierer vor allem aus der Drohung , Produktion und Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, um Gewerkschaften und Politik gleichzeitig in die Knie zu zwingen* , das heißt Steuererleichterungen und noch mehr Subventionen, Sozialabbau und niedrige Löhne durchzusetzen. Schon diese Drohung , das öffentliche Gerede darüber, schürt nämlich Ängste, schüchtert ein und zwingt politische und gewerkschaftliche Gegenspieler am Ende, in Eigenregie zu vollziehen, was „ Investitionsbereitschaft“ und „Arbeitsplatzsicherung“ erfordern, wie die zigtausend „Bündnisse für Arbeit“ auf Betriebsebene ,der Tausch Lohnverzicht gegen -eine höchst fragliche- Beschäftigungsgarantie zeigen.

Auch die andere Keule, die im Zusammenhang mit der Standortdebatte immer wieder geschwungen wird, der deutsche Sozialstaat sei im weltweiten Vergleich viel zu teuer, erweist sich ,bei Lichte besehen , als demagogischer Popanz bzw. als reines Erpressungsmittel. Tatsächlich sind die Soziallasten in Deutschland keineswegs explodiert, ihr Anteil am Bruttosozialprodukt war 1995 sogar geringer als 20 Jahre zuvor. Was sich dagegen dramatisch verändert hat, ist die *Umverteilung der Steuer- und Soziallasten auf die Schultern der Lohn- und Gehaltsempfänger*. Noch zu Beginn der 80er Jahre lag der Anteil der Gewinnsteuern an den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bei 37 % , 1995 betrug er nur noch 25 % . Nach der Abschaffung der Vermögenssteuer und der für 1999 geplanten Steuerreform wird er noch niedriger liegen. Der „Marsch in den Lohnsteuerstaat“ ist also noch längst nicht zu Ende.

Wie selbst Bundesarbeitsminister Norbert Blüm kürzlich betont hat, liegt Deutschland- was Tempo und Ausmaß des Sozialabbaus angeht- im Vergleich zu den wichtigsten Partnerländern in Europa an der Spitze. Wenn man die notwendigen Sozialleistungen für die deutsche Wiedervereinigung ausklammert, läßt Westdeutschland dabei alle anderen Nachbarländer hinter sich: Es weist - nach Italien- die zweitniedrigste Belastungsquote mit sozialen Leistungen in Europa aus.

Die Krise des Sozialstaates resultiert daher nicht aus dem so viel beschworenen „Sozialmißbrauch“ und der „Vollkasko mentalität“ zu vieler Bürger, sondern *erstens aus der chronischen Krise der Arbeit , die wegrationalisiert und deren Wert bzw. Lohn gleichzeitig immer weiter herabgedrückt wird, zweitens aus dem Deregulierungswahn der neoliberalen Regierungen, und drittens aus der progressiven Befreiung des Kapitals von der Steuer* , wodurch erst die schwarzen Löcher in den Staatsfinanzen entstehen.

9. Von der Aushöhlung der Demokratie zur Demokratieverdrossenheit

Der Wettlauf um die niedrigsten Steuern wird begleitet vom Wettlauf um die großzügigsten Subventionsgeschenke. Dabei zählt die kostenlose Bereitstellung von Grundstücken einschließlich aller benötigten Straßen-, Schienen-, Strom- und Wasseranschlüsse schon zum Mindeststandard. In der Regel wird den Konzernen 30 bis 50 Prozent ihrer Investitionssumme, nicht selten noch mehr, von Staat, Ländern und Kommunen ersetzt. So gerät ein Staat, ein Haushalt nach dem anderen in die *strukturelle Finanzkrise*. In der Folge bleibt den verantwortlichen Politikern vielerorts keine andere Wahl, als das Angebot staatlicher Leistungen überall da zu kürzen, wo keine mächtigen Interessengruppen dies verhindern, also im Sozialsystem, bei kulturellen Einrichtungen und öffentlichen Dienstleistungen - von den Schwimmbädern über die Schulen bis zu den Universitäten. So wird die Politik schließlich selbst zum Agenten der Umverteilung von unten nach oben.

Die fortschreitende Abmagerung der öffentlichen Haushalte zugunsten der freien Wirtschaft stuft Politiker zu bloßen und ohnmächtigen Verwaltern des Mangels herab. Dies aber *untergräbt die Grundlage des demokratischen Staatswesens*. Martin/ Schumann: „Der Turbo-Kapitalismus zerstört die Grundlagen seiner eigenen Existenz: den funktionsfähigen Staat und die demokratische Gesellschaft....Die bisherigen Wohlstandsländer verzehren die soziale Substanz ihres Zusammenhaltes, schneller noch als die ökologische.“

Politisches Handeln wird mehr und mehr zum Scheinhandeln. Die Ohnmacht der Politik gegenüber der Wirtschaft ist letztlich auch der tiefere Grund für die sich ausbreitende Politikverdrossenheit der Bürger. Alarmierend ist der Befund der jüngsten Shell-Studie: Von der Politik fühlt sich die große Mehrheit der Jugendlichen im Stich gelassen.

Entsprechend gering ist das Interesse, sich politisch zu engagieren.. Doch könne man dies nicht einfach mit „Politikverdrossenheit der Jugend“ abtun, betonen die Meinungsforscher. Die Jugendlichen seien gut informiert, glaubten aber, daß die Politiker nicht an ihnen interessiert seien. Die 12- 24jährigen erleben Politik und Politiker, der Studie zufolge, als „unglaublich, langweilig, korrupt und vom Alltagsleben Schaltjahre entfernt“- Politiker seien vornehmlich damit befaßt, ihren Besitzstand zu wahren.

Mir scheint, dieses Mißtrauen in die Politik und in die Politiker hat einen tieferen Grund: Die meisten Jugendlichen und Bürger spüren nämlich das Surrogat- und Scheinhafte politischen Handelns, das heißt: die Ohnmacht der Politik gegenüber den übermächtigen Wirtschaftsinteressen. In der Tat verwandeln sich die westlichen Industriegesellschaften mehr und mehr in *neofeudale Systeme, in denen die transnationalen Kapitale, Banken und*

Fondsgesellschaften die Rolle der Souveräne innehaben, während der von der Verfassung bestellte Souverän und seine Volksvertreter zu bloßen Statisten degenerieren. Der Wähler aber hat das berechtigte Gefühl, mit dem Wahlzettel doch nichts an den wirklichen Macht- und Verteilungsverhältnissen ändern zu können. Die allgemeine Politikverdrossenheit aber kann- wie gehabt- bald zur Demokratieverdrossenheit werden. Die Sehnsucht nach einem starken Staat und einem autoritären Führer ist weit über die rechtsradikale Szene hinaus als unterschwelliger Topos verbreitet, wie kritische Jugendforscher jüngst diagnostizierten. Das Beklemmende an der derzeitigen Situation ist, daß der Klassenkampf von oben und die konzertierte Demontage all dessen, was an der bisherigen Marktwirtschaft „sozial“ war, auf keine geschlossene, geschweige denn wirksame Gegenwehr trifft. Zwar wurde der Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall fürs erste abgewehrt (einziger Punktsieg der Gewerkschaften!), zwar verweigerten Mercedes-Arbeiter Sonderschichten und Überstunden (was den Stuttgarter Konzern mehr kostete als die volle Lohnfortzahlung); zwar haben die Stahlarbeiter die „feindliche Übernahme“ des Thyssenkonzerns fürs erste abgewehrt; zwar bekunden die Gewerkschaften immer wieder ihre Kampfbereitschaft, und die Streikkassen sind voll. Aber die erpresserische (Sub)Politik der Globalisierer und ihre Drohung in Permanenz, Produktion und Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, hängt wie ein Damoklesschwert über den Belegschaften und hat die Kampfkraft der (ohnehin an Mitgliederschwund leidenden) Gewerkschaften geschwächt. Auch wenn den Gewerkschaften zu räten wäre, bei der Verteidigung der Arbeitnehmerrechte mehr auf Konflikt denn auf einen fragwürdigen Bündis- und Schmusekurs mit den Arbeitgebern und ihren Verbänden zu setzen, mit den traditionellen gewerkschaftlichen Kampfmitteln allein und im nationalen Alleingang ist der entfesselten Dynamik der transnationalen Kapitale sowieso nicht mehr beizukommen.

Der Widerstand gegen die „Klassenkämpfer des Kapitals“ (IG-Metall-Chef Zwickel) und ihre Erfüllungsgehilfen in der Bonner Koalition kann und darf nicht allein den Gewerkschaften überlassen werden; er muß von vielen Bewegungen initiiert, organisiert und getragen werden: von den rotgrünen Reformparteien, von Bürgerinitiativen und Kirchen, von der Umweltschutz- und der Friedensbewegung, von kritischen Rechtsanwälten, Richtern und Polizisten, von Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern etc. Und er muß auf paneuropäischer Ebene organisiert werden. Im Grunde brauchen wir eine *neue, europaweit agierende Außerparlamentarische Oppositions- und Bürgerbewegung*, welche

den Reformparteien Dampf macht und ihren parlamentarischen Kampf von unten her flankiert.

10. Zehn Vorschläge, um dem Zerfall der Gesellschaft und der destruktiven Dynamik der Globalisierung gegenzusteuern

1. Stärkung und Europäisierung der Bürgergesellschaft

Je mehr die wachsende soziale Ungleichheit, die Ausgrenzung von immer mehr Arbeitslosen und sozial Schwachen, die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich den Zusammenhalt der Gesellschaften bedroht, umso wichtiger wird es, daß die Bürger selbst die demokratischen Grundrechte verteidigen und die soziale Solidarität stärken. Gleich ob in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz, bei der Mitarbeit in Kinderläden und Umweltinitiativen oder bei der Integration von Immigranten und Ausländern, überall gibt es Möglichkeiten, sich der Ausgrenzung der wirtschaftlich Schwachen entgegenzustellen und auf Alternativen zu Marktradikalismus und Sozialabbau zu drängen. Es ist das gute Recht jedes Einzelnen, bei der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken, auch in Brüssel. Global denken und lokal handeln ist gut; gemeinsam handeln über die Grenzen hinweg, ist besser.

2. Eine demokratische und handlungsfähige Europäische Union

Eine tiefgreifende Reform der Europäischen Union, eine wirkliche Demokratisierung der EU- Institutionen wäre dringend vonnöten. Denn in seiner derzeitigen Form kann der EU- Staatenverbund keine tiefgreifenden Veränderungen, etwa eine Öko- Steuer, beschließen, geschweige denn durchsetzen, weil den von internationalen Industrielobbys bestimmten Ministerräten, dem eigentlichen EU- Gesetzgebungsorgan, die demokratische Legitimation für Mehrheitsentscheidungen fehlt. Nur ein gestärktes EU- Parlament, das die EU- Kommissionen wählt, strikte Öffentlichkeit für alle Sitzungen der Ministerräte und nationale Parlamentsdebatten über jedes EU- Gesetz unter Beteiligung ausländischer Redner könnte die europäische Demokratie mit Leben füllen und politische Reformallianzen über die Grenzen hinweg ermöglichen.

3. Gesetzlich geregelte neue Arbeitszeit- Modelle und ein neuer gesellschaftlicher Konsens über die Zukunft der Arbeit.

Nur eine Langzeitstrategie der *weiteren Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Umverteilung der immer knapper werdenden Erwerbsarbeit* könnte den Marsch in die 30:30:40 -Gesellschaft aufhalten . Dazu bedürfte es allerdings bindender Auflagen an die Unternehmen, die laufenden Arbeitszeitverkürzungen nicht bloß -wie bei der Einführung der 35- Stundenwoche - zur weiteren Rationalisierung zu benutzen. Zu den wenigen realistischen und in die Zukunft weisenden Lösungsansätzen , auf die sich die Bündnispartner für Arbeit geeinigt haben, gehören denn auch die Beschlüsse über die Altersteilzeit (zur Entlastung der Rentenkassen) und über die Umwandlung von Überstunden in neue Arbeitsplätze. Nach Schätzungen der IG- Metall könnte jede zweite Überstunde durch zusätzliche Stellen ersetzt werden.

Der Abbau der Überstunden ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch müssen die Arbeitsverhältnisse insgesamt umgestaltet werden. Dies aber bedeutet Abschied zu nehmen vom Leitbild der Vollzeitbeschäftigung in alter Form. Wenn der Marsch in die duale Gesellschaft wirklich aufgehalten werden soll, dann muß früher oder später per Gesetz eine ökonomisch (und ökologisch) wünschenswerte Jahreshöchstarbeitszeit festgesetzt und Mehrarbeit streng begrenzt werden, wie Marie- Luise Beck von den Bündnisgrünen jüngst vorgeschlagen hat. Man kann auch die Arbeitszeit auf das ganze Erwerbsleben bezogen festlegen und flexibilisieren. Den Beschäftigten würde damit die Chance gegeben, zeitweise länger zu arbeiten und sich zum Ausgleich für mehrere Monate oder ein Jahr freustellen zu lassen, um das Studium wieder aufzunehmen, sich weiter zu qualifizieren oder einen anderen Beruf zu erlernen.

Selbstredend bedingt die kürzere Arbeitszeit auch Abstriche bei den Einkünften. Deshalb sind flankierende Maßnahmen in das Steuerrecht bzw. in das System der sozialen Sicherung notwendig, die untere und mittlere Einkommen begünstigen. Zu diesen Maßnahmen gehört u.a. ein erhöhtes steuerfreies Existenzminimum ,ein verbessertes Kindergeld und eine bedarfsorientierte Grundsicherung für Beschäftigte, die aufgrund individuell weiter reduzierter Arbeitszeit das gesellschaftlich definierte Existenzminimum unterschreiten. Eine Bonus- Regelung könnte auch Unternehmen "Kurzzeitarbeit" schmackhaft machen. Wird die Höchstarbeitszeit unterschritten ,sinken die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Umgekehrt droht bei "Mehrarbeit" ein Malus .

Notwendig wäre aber auch ,daß der Staat wieder die Rolle einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik übernimmt. Neben der Verkürzung und Umverteilung der Arbeit kann nur ein dauerhaft höheres Niveau *öffentlicher Ausgaben zur Beschäftigungsförderung* zum

Abbau der Massenarbeitslosigkeit führen. Umso skandalöser ist die Strangulierung der Arbeitsförderung, während gleichzeitig in der Arbeitslosenversicherung Ebbe herrscht. Am Geld liegt es jedenfalls nicht, wenn die notwendigen Strukturreformen nicht angegangen werden, denn Geld ist in der reichsten Gesellschaft Europas zur Genüge vorhanden. " Würden die Steuern auf Gewinne im gleichen Umfang zur Finanzierung der Staatsaufgaben herangezogen wie 1980, hätten die öffentlichen Haushalte 1995 rund 45 Mrd. DM mehr zur Verfügung gehabt." hat der Wirtschaftswissenschaftler Dieter Eißel in einem Vortrag beim "Hessischen DGB- Forum" jüngst vorgerechnet Mit dieser Summe könnte das von Theo Waigel entdeckte jüngste Loch im Bundeshaushalt gleich zweimal gestopft werden.

4. Europäische Gewerkschaften

Das größte Versäumnis von Europas Gewerkschaftsfunktionären war ihr bisheriger Verzicht auf den Aufbau einer schlagkräftigen EU- Organisation. Nur darum gibt es keine funktionierenden europäischen Betriebsräte, nur darum lassen sich die Belegschaften der Betriebe in verschiedenen Ländern gegeneinander ausspielen. Würden die Arbeitnehmervertreter ihre Kleinstaaterei beenden, wäre es mit der Übermacht der eiffig organisierten Unternehmenslobby im Brüsseler Gesetzgebungsverfahren vorbei und die EU- Sozialpolitik könnte endlich Gestalt annehmen.

5. Stopp der Deregulierung ohne sozialen Flankenschutz:

Die Auflösung der bisher staatlich organisierten Monopole für Kommunikationsdienstleistungen und Energieversorgung sowie die Öffnung bisher geschützter Marktsektoren für den internationalen Wettbewerb haben verheerende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wenn nicht sicher gestellt werden kann, daß wenigstens annähernd so viele Arbeitsplätze neu geschaffen werden, wie durch Liberalisierung und Deregulierung verlorengehen, sollte jede Marktöffnung solange vertagt werden, bis die Arbeitslosigkeit wieder sinkt.

6. Ausdehnung der EU- Gesetzgebung auf die Besteuerung

Die Steuerpolitik ist ein wichtiger Schlüssel zur demokratischen Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung ohne dirigistische und bürokratische Eingriffe in den Markt. Europas Wirtschaft ist so hochgradig verflochten, daß solche Steuerung aber nur noch auf europäischer Ebene durchführbar ist. Nur so ließe sich auch der EU- interne Wettlauf um die

niedrigste Unternehmensbesteuerung und die gegenseitige Abwerbung von vermögenden Steuerzahlern beenden.

7. Erhebung einer Umsatzsteuer auf den Devisenhandel und auf Spekulationsgewinne

Erst recht könnte eine sozial verträgliche Neugestaltung der Steuergesetzgebung, die allerdings EU- weit abgestimmt sein müßte, wesentlich dazu beitragen, die Flucht in die reine Geldkapitalanlage ,die einer der Hauptgründe für die mangelnde Investitionstätigkeit der Unternehmen ist, zu bremsen und den Trend wieder umzukehren. Insgesamt hat die Globalisierung der Finanzmärkte dazu geführt, daß die Kapitalrendite gegenüber der Zinsrendite fiel. Mit Hilfe einer Devisenumsatz- und Kapitalverkehrsteuer ließe sich der Transfer von Geldvermögen ins Ausland stärker kontrollieren. Die steuerliche Abschöpfung der internationalen Zins- und Devisengewinne würde nicht nur die öffentlichen Kassen sozialverträglich füllen, sie hätte -darüber hinaus -auch eine enorme konjunkturpolitische Wirkung , sie würde nämlich die Spekulationen des internationalen Kapitals verteuern , was wiederum den Anreiz zu Investitionen in Arbeitsplätze erhöhen würde.

8. Erhebung einer Luxussteuer für die Reichen

Freilich lassen sich Kapitalgewinne auf Unternehmenseite im weltweiten Wettbewerb nicht straflos über dem Weltdurchschnitt besteuern. Dies würde nur die Preise für Europas Produkte und Dienstleistungen verteuern und Investoren außer Landes treiben. Um die Gewinner der Globalisierung dennoch zu gerechteren Anteilen an der Finanzierung staatlicher Aufgaben zu beteiligen ,ist eine erhöhte Mehrwertsteuer auf Luxusgüter ein angemessener Ersatz, etwa eine dreißigprozentige Abgabe auf alles, was Reichen Spaß macht. Immobilienkäufe über den Eigenbedarf am Wohnort hinaus, Luxuslimousinen, Hochseejachten, Privatflugzeuge, hochwertiger Schmuck, kosmetische Chirurgie usw. Nicht Schonung der Reichen steht auf der Tagesordnung- denn diese ist kein Standortfaktor!-, sondern deren Gleichbehandlung vor dem Steuerrecht und deren Besteuerung entsprechend ihrer Möglichkeiten. Und dann wäre auch das Geld da, um eine aktive Arbeitsmarkt- und öffentliche Beschäftigungspolitik und die sozialen Sicherungssysteme finanzieren zu können!

9. Eine europaweite ökologische Steuerreform

Ökologie ist gut, solange sie nichts kostet. Das Motto der Öko-Steuerreform lautet: Energiekosten hoch, Arbeitskosten runter. Es geht also darum, die Fehlsteuerung im marktwirtschaftlichen System zu beseitigen, die den Umwelt- und Energieverbrauch zu billig

und die Arbeitskraft zu teuer macht- mit den bekannten Folgen: zuviel Dreck in der Luft, zuwenig Arbeitsplätze in der Statistik. Eine ökologische Umstellung des Steuersystems kann eine „doppelte Dividende“ abwerfen, wie die jüngste Studie einer Forschungsgruppe unter Leitung des Osnabrücker Wirtschaftsprofessor Bernd Meyer ergeben hat. Nicht weniger als 1,5 Millionen Arbeitsplätze prophezeien die Wirtschaftsforscher für die Mitte des nächsten Jahrzehntes, wenn jetzt mit einer ökologischen Steuerreform begonnen würde.

Meyers Arbeitsgruppe setzt voll auf einen „von den Marktkräften ausgelösten Strukturwandel“ in der Wirtschaft. Die Besteuerung des Ressourcenverbrauchs würde nämlich arbeitsintensive Gewerbe fördern und das ökologisch verheerende Wachstum des Gütertransports über immer größere Distanzen begrenzen. Menschliche Arbeit würde wieder aufgewertet, energieintensive Automation und Rationalisierung wären weniger rentabel. Das heißt: Es ist durchaus beabsichtigt, daß Sektoren, die für den überhöhten Energieverbrauch verantwortlich sind und von ihm profitieren, wegen der jährlich ansteigenden Energiesteuern schrumpfen: Kohlebergbau minus 25 000 Arbeitsplätze, Eisen und Stahl minus 19 000, Chemie minus 38 000- so liest man in Meyers Branchenliste für das Jahr 2005. Doch auf der Habenseite finden sich Zahlen, die den Stellenabbau bei weitem wettmachen: Im Handel und im Recyclingsektor zum Beispiel entstehen über 400 000 neue Arbeitsplätze, in der Baubranche 350 000, bei den sonstigen Dienstleitungen 83 000, in der Elektrotechnik 42 000, im Automobilbau 16 000. Negativ betroffen wären 15 von 58 untersuchten Branchen, positiv betroffen aber 43.

10. Eine Effizienzrevolution, die aus weniger mehr macht

Von der "Krise des Sozialstaates" und seinem Umbau ist wohl auch deshalb so viel die Rede, um nicht von der säkularen Krise reden zu müssen, in welche unsere Wachstums- Verschleiß- und Vergeudungsökonomien geraten sind. Andre Gorz: "Es stimmt weder, daß man mehr arbeiten muß, um mehr zu produzieren, noch daß Mehrprodukt, Wachstum um jeden Preis, zu einem besseren Leben führt. Das Band zwischen dem 'mehr' und dem 'besser' ist gerissen. Denn die meisten unserer Bedürfnisse sind weitgehend gedeckt, während viele unserer unbefriedigten Bedürfnisse nicht durch Mehrproduktion gedeckt werden können, sondern dadurch, daß *anders* produziert und *anders* hergestellt wird- ja sogar, daß *weniger* produziert wird. Dies gilt insbesondere für unsere Bedürfnisse nach gesunder Luft, trinkbarem Wasser, nach Raum, Ruhe, Schönheit, Zeit und zwischenmenschlichen Bedürfnissen."

Daß wir nicht *mehr*, sondern *anders* und in manchen Bereichen sogar *weniger* produzieren müssen, ist auch die zentrale Botschaft des jüngsten Berichtes des Club of Rome. Ernst Ulrich von Weizsäcker und seine beiden Mitautoren fordern in ihrem Buch "Faktor Vier" nichts anderes als eine *Effizienzrevolution*, die *aus weniger mehr macht*. In punkto Ressourcenverschwendung verhalten wir uns nämlich so, als ob wir auf drei Globussen säßen. Wir haben aber nur einen. An fünfzig Modellbeispielen führen die Autoren vor, wie bei halben Naturverbrauch ein verdoppelter Wohlstand erzielt werden kann. Es geht hierbei um eine grundsätzliche Neuorientierung des technischen Fortschritts, der nicht mehr auf einer Rationalisierung der Arbeit, sondern auf einer *Rationalisierung der Energie und der natürlichen Ressourcen* basiert. Auch hier ist der Staat gefordert, für diese energetische Revolution endlich die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Statt wie bisher das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen zu subventionieren (wie zuletzt das Beispiel der DASA zeigte), sollte die energetische Rationalisierung belohnt und durch eine entsprechende Steuerpolitik gefördert werden. Durch diese Effizienzrevolution könnten viele neue und hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden.

Statt des hoffnungslosen Versuchs, etwa mit dem Billiglohnland Südkorea in der Stahlproduktion zu konkurrieren, wäre es viel sinnvoller, sich als Anbieter ökologischer Spitzentechnologien auf den Weltmärkten zu profilieren. Im übrigen gebietet das nackte Interesse der Selbsterhaltung den reichen Gesellschaften des Nordens, dafür zu sorgen, daß die Länder des Südens eben nicht unser ressourcenfressendes Modell der Industrialisierung kopieren. Würde etwa auch China noch den westlichen Automobilisierungsgrad erreichen, dann können wir, wie Dantes Vergil beim Betreten der Unterwelt, sagen: *Laßt alle Hoffnung fahren!*

Konzepte für einen sozial-ökologischen Umbau gibt es zuhauf. Und Geld ist auch genügend vorhanden. Ob er auch stattfindet, das entscheidet sich nicht an der technischen Realisierbarkeit einer naturverträglichen Energiegewinnung, sondern an einer *Debatte über Werte und Lebensqualität*. Es ist eine Frage des gesellschaftlichen Bewußtseins und des Veränderungswillens. Solange das vordringliche gesellschaftliche Ziel das schiere Wachstum und die Steigerung des Konsums ist, wird sich freilich nichts ändern. Dabei gibt es Ansätze zur Veränderung genug. Tatsächlich *liegt ja in der ökonomischen Krise auch eine ökologische Chance*. Das zeigte sich in der Debatte um das VW-Modell. Es gibt durchaus Leute, die sich vorstellen können, mit weniger Geld und mehr Freizeit besser leben zu können. Die meinungsbildende Elite der Republik hat diese Chance vertan. Die

Diskussion um das Bündnis für Arbeit böte jetzt die Chance, nicht nur die Schieflagen in den Verteilungsverhältnissen offensiv anzugehen, sondern auch die bewußtseinmäßige Schieflage aufzufangen und erneut die ökologische Dimension in das Gerangel um Arbeitsplätze und Standortnachteile einzubringen.

Die Uhr tickt

Wenn es den Reformkräften in der EU nicht bald gelingt, die Ära des Neoliberalismus zu beenden ,d.h. das *Primat der Politik über die entfesselte transnationale Ökonomie* durchzusetzen , dann werden wir über kurz oder lang *Weimarer Verhältnisse in ganz Europa* bekommen; in punkto Massenarbeitslosigkeit haben wir sie schon.

Es ist auch gar nicht so unwahrscheinlich, daß es noch vor der Klimakatastrophe zu einem Crash, zu einer neuen Weltwirtschaftskrise kommt, die (wie 1987) von den völlig entfesselten und deregulierten Weltfinanzmärkten ihren Ausgang nimmt und dann auch auf die weltweite Produktion durchschlägt . Glaubt man dem Wirtschaftswissenschaftler Stephan Schulmeister („Zehn Etappen zum Abgrund“, Die ZEIT ,1.11. 1996) ,der die vorbereitende Dynamik der Weltwirtschaftskrise von 1928 mit der jetzigen globalen Dynamik verglichen hat, dann haben wir von den zehn Etappen, die zum Crash von 1928 geführt haben, bereits acht Etappen erfolgreich zurückgelegt. „In der zehnten Etappe werden die neoliberalen Experimente so gründlich gescheitert sein, daß ihre Theoretiker in eine Sinnkrise und ihre Praktiker in eine politische Krise stürzen“. (Schulmeister).

Nur kann es sich die Gesellschaft, können wir alle es uns nicht leisten ,so lange zu warten ; denn bis die neoliberalen Experimente gescheitert , ihre Theoretiker wie Praktiker abgewirtschaftet haben, werden wir weit über 6 Millionen Arbeitslose haben, und wird es längst zu neuen Ausbrüchen unkontrollierter sozialer Gewalt und politischer Radikalisierung gekommen sein. „Die Herren“- so Thomas Münzer- „machen es nämlich selber , wenn ihnen der kleine Mann spinne feind wird“, und -so darf man ergänzen- wenn er sich zuletzt radikalen Parteien und populistischen Führern vom Schlage Le Pens, Georg Haiders und Co. in die Arme wirft.

(1998)